

die Kommission gewiß keine Illusionen gemacht. Die wichtigste Anregung, nämlich eine Trias aus Sicherheits-, Sozial- und Wirtschaftsrat zu schaffen und die Zusammensetzung des Sicherheitsrats zu reformieren, läßt sich nur durch eine Änderung der UN-Charta erreichen. Dazu ist die Zustimmung von zwei Dritteln aller UN-Mitglieder einschließlich aller fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats notwendig. Niemand verzichtet gern und freiwillig auf seine Privilegien. Auch hat es schon manchmal Verhinderungsbündnisse zwischen armen und reichen, nördlichen und südlichen Ländern gegeben – etwa im Umwelt- und Klimaschutz –, um notwendige Reformen zu boykottieren. Dennoch dürfen wir unter keinen Umständen resignieren. Im öffentlichen Bewußtsein der Welt sind schon große Fortschritte erzielt worden. Die Uno hat uns voran gebracht. Die schweren Krisen der Gegenwart gilt es zur Mobilisierung des Willens in den Regierungen der Völker zu nutzen. Letzten Endes werden auch die Amerikaner ihre langfristigen nationalen Interessen nur dann fördern können, wenn sie nicht einem wachsenden Unwillen der Mehrheit der UN-Mitglieder die Stirn bieten müssen. Bei der Gründung der Vereinten Nationen hat der amerikanische Präsident Truman seinen Landsleuten zugerufen: »Wenn ein Volk Sicherheit für sich selber haben will, muß es bereit sein, alle anderen Völker an dieser Sicherheit teilhaben zu lassen. Das ist der Preis, den jede Nation für den Weltfrieden zu zahlen haben wird.« Daran wird sich schließlich auch der heutige amerikanische Kongreß messen wollen und messen müssen.

Deutschland als drittgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen hat gewiß keinen Grund, einer Debatte aus dem Wege zu gehen, die sich mit der Steigerung unserer Mitsprache bei den UN beschäftigt. Deutsche UN-Politik darf sich indes nicht im Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat erschöpfen. Zunächst geht es neben

mehr Rechten und mehr Mitverantwortung vor allem auch um eine sachliche Beteiligung an der Lösung globaler Probleme. Dabei muß sich die Bundesregierung fragen lassen, ob sie der immer wieder bekundeten Bereitschaft zur Übernahme globaler Verantwortung in der politischen Praxis auch Taten folgen läßt. Und »globale Verantwortung« kann im Sinne des von uns verfolgten umfassenden Sicherheitsbegriffs eben nicht nur die Beteiligung an UN-Blauhelmissionen bedeuten: Gerade wenn die Vereinten Nationen künftig den sozialen, ökonomischen, kulturellen Ursachen gewaltsamer Konflikte präventiv begegnen sollen, ist eine deutsche Beteiligung von zentraler Bedeutung. Es ist in diesem Zusammenhang eben auch eine Frage der Glaubwürdigkeit deutscher UN-Politik, ob sich beispielsweise der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt immer noch weiter von der Zielmarke von 0,7 Prozent nach unten bewegt und inzwischen den tiefsten Wert seit zwei Jahrzehnten erreicht hat.

In der internationalen Politik hört man auf uns Deutsche, sei es, daß wir schweigen oder daß wir reden. Von den unabdingbar notwendigen Überprüfungen der Struktur der Vereinten Nationen dürfen wir nicht schweigen. Auch haben wir als wichtige und im europäischen Bereich unentbehrliche Verbündete für die Amerikaner einen außergewöhnlich großen Einfluß auf sie. Es gilt, ihn zu nutzen, damit wir gemeinsam mit den Amerikanern der Reformbewegung für die Handlungsfähigkeit der UN voranhelfen. Damit dienen wir selbst langfristig am besten auch unseren eigenen Interessen. Nur auf diesem Weg können wir auch einen Anspruch auf eine stärkere eigene Stimme begründen.

Der Verfasser dankt Carel Mohn für seine Mitarbeit.

Wirklich ein Erfolg?

Namibia und die Vereinten Nationen

SAM NUJOMA

Die frühen Jahre

Namibias Beziehungen zu den Vereinten Nationen sind so alt wie die Organisation selbst. Sie reichen sogar bis zu ihrer Vorgängerorganisation, dem Völkerbund, zurück, der im Jahre 1919 auf der Versailler Friedenskonferenz Namibia, das damalige Südwestafrika, Großbritannien als C-Mandat übertragen hatte. London wiederum delegierte die Wahrnehmung seiner Verantwortlichkeiten an die Regierung der Südafrikanischen Union. Dadurch wurde der deutsche Kolonialismus auch förmlich beendet – und der südafrikanische Kolonialismus an seine Stelle gesetzt. Unter den Bestimmungen des Mandatssystems war Südafrika verpflichtet, dem Völkerbundrat einen jährlichen Bericht über die Verwaltung des Gebiets vorzulegen, der von der Ständigen Mandatskommission geprüft werden sollte. Südafrika hat derartige Berichte jedoch nie eingereicht und statt dessen versucht, das ihm anvertraute Gebiet als »integrierenden Bestandteil der Union« zu behandeln und es sich als eine seiner Provinzen einzuverleiben. Diese Politik wurde ausdrücklich und absichtlich ohne Rücksicht auf den Völkerbund verfolgt.

Zwischen dem Mandatsgebiet und dem Völkerbund bestand kein eigentlicher Kontakt bis zum April 1946, als dieser nach dem Zweiten Weltkrieg durch die am 24. Oktober 1945 ins Leben getretene Organisation der Vereinten Nationen abgelöst wurde. In der UN-Charta wurden in Kapitel XII Vorkehrungen für ein internationales Treuhandsystem getroffen, das das alte Mandatssystem des Völkerbunds ersetzen sollte. Wenngleich das Treuhandsystem der UN eine Ver-

besserung gegenüber dem Mandatssystem des Völkerbunds darstellte, trug es wenig dazu bei, das Leid und die Demütigungen des namibischen Volkes zu lindern, die dieses seitens der Südafrikaner erfahren mußte.

Auf der Konferenz von San Franzisko unternahm die Südafrikanische Union am 12. Mai 1945 einen neuerlichen Versuch, sich Namibia einzuverleiben, indem ihr Vertreter erklärte, daß »für das Territorium keine Aussicht besteht, jemals als eigenständiger Staat zu existieren...«

Die beiden traditionellen Führer Maharero und Kutako setzten jedoch die Tradition des Widerstands ihrer Vorväter fort und beauftragten 1946 Pastor Michael Scott, in ihrem Namen bei den UN eine Bittschrift einzureichen mit dem Ziel, Südafrikas Versuch, Namibia der Union anzuschließen, zu verhindern. Petitionen an die Adresse der Vereinten Nationen wurden das zentrale Druckmittel des politischen Protests, wie der Anstieg ihrer Zahl von 1 im Jahre 1946 bis auf 120 im Jahre 1960 beweist. Obwohl diese Petitionen nur begrenzten Erfolg zeitigten, trugen sie doch dazu bei, daß die Flamme des Widerstands in Namibia und auf internationalen Foren weiter loderte. Die führende Persönlichkeit dieser Phase des namibischen Widerstands war Hosea Kutako, der am 17. Juli 1970 im Alter von 104 Jahren verstarb.

Mit der Zeit übernahmen junge Namibier die Führerschaft von den Altvorderen und bestimmten ihre Position gegenüber den neuen politischen Realitäten. Die jungen, radikaleren Aktivisten wurden angesichts der mageren Fortschritte herkömmlicher Protestformen und



*Dr. h.c. mult. Sam Nujoma ,
geb. am 12. Mai 1929
in Etunda,*

ist Präsident Namibias. Von 1937 bis 1945 besuchte er die Schule der Finnischen Mission in Okahao. Später lebte er in Walfischbai und in Windhoek, wo er bei der Südafrikanischen Eisenbahngesellschaft arbeitete. 1959 organisierte er den Widerstand gegen die Zwangsäumung eines alten Stadtviertels in Windhoek und führte die Volksorganisation von Ovamboland (OPO) – aus der bald darauf die SWAPO hervorging – an. 1960 ging er ins Exil und hatte seinen ersten Auftritt auf der internationalen Bühne: auf der von Kwame Nkrumah organisierten Dringlichkeitskonferenz der afrikanischen Länder und Parteien über eine positive Aktion für Frieden und Sicherheit in Afrika in Accra, auf der unter anderem gegen den französischen Atomwaffentest in der Sahara protestiert wurde. 1971 war er der erste Führer einer Befreiungsbewegung, der vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sprach. Im Februar 1990 wurde er von der Verfassgebenden Versammlung Namibias einstimmig zum Präsidenten des Landes gewählt; 1994 wurde er vom namibischen Volk für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren direkt gewählt. Unter seinen internationalen Auszeichnungen waren 1973 der Lenin-Friedenspreis der Sowjetunion, 1988 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Atlanta (USA) und 1990 die juristische Ehrendoktorwürde der Lincoln-Universität in Pennsylvania (USA).

der wachsenden Rücksichtslosigkeit der Kolonialherren in hohem Maße enttäuscht. Aus diesem Grund entstanden nunmehr eine Vielzahl von Jugendgruppen und Vereinigungen von Jugendlichen mit Schulausbildung, der Arbeiterschaft und des Klerus. Viele namibische Jugendliche, die zur Arbeit in den südafrikanischen Minen angeworben worden waren, begannen sich dort neu zu gruppieren und zu organisieren, nachdem sie mit den politischen Aktivitäten, Strategien und Programmen des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) vertraut geworden waren.

Namibische Arbeiter in Kapstadt, vorwiegend Ovambo, organisierten sich – angeführt von Herman Toivo Ya Toivo –, um 1957 den Volkskongreß von Ovamboland zu gründen, der im Jahr darauf in Volksorganisation von Ovamboland (Ovamboland People's Organization, OPO) umbenannt wurde. Ende 1958 entsandte Ya Toivo einen an der Lincoln-Universität in Pennsylvania studierenden Namibier namens Kerina mit einer Petition zu den Vereinten Nationen; Kerina hatte seine Dienste angeboten, um der im Heimatland geplanten nationalen Organisation die Vertretung gegenüber den Vereinten Nationen zu ermöglichen. Als die südafrikanischen Behörden von der Petition erfuhren, wurden Ya Toivo und einige andere aus Südafrika deportiert.

Im April 1959 gründeten Jacob Kuhangwa und ich die OPO in Windhoek. Das Hauptziel der OPO war damals die Abschaffung des verhaßten und unbarmherzigen Systems der Vertragsarbeit – eines Systems, das zur Trennung der Familien geführt und Namibier, junge wie alte, unmenschlicher Behandlung wie zum Beispiel willkürli-

cher Inhaftierung und der Prügelstrafe für fadenscheinige, oft erfundene Vergehen unterworfen hatte.

Politische Massenmobilisierung – Gründung der SWAPO

Zur Verbreiterung ihrer Basis und um sich als eine nationale Organisation zu etablieren, wurde die OPO am 19. April 1960 förmlich in die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) umgewandelt. In der Zwischenzeit trafen bei den Vereinten Nationen immer mehr Petitionen von Namibiern aus dem Lande selbst wie auch von solchen, die vor Ort in New York lebten, ein. Und das neue internationale Klima, das durch die Fortschritte bei der Entkolonisierung und die Aufnahme von Ländern der Dritten Welt in die Vereinten Nationen gekennzeichnet war, erzeugte die Erwartung, daß es den UN gelingen könne, ihre Hoheit über Namibia erfolgreich auszuüben.

Die UN schienen sich in diese Richtung zu bewegen, als 1960 der ›Ausschuß bezüglich Südwestafrikas‹ nach Namibia entsandt wurde, um zu untersuchen, »welche Maßnahmen es den einheimischen Bewohnern erlauben würden, ein hohes Maß an interner Selbstregierung zu erreichen, ... (und) sie möglichst schnell zur vollständigen Unabhängigkeit führen«. Südafrika verweigerte dem Ausschuß jedoch die Einreise nach Namibia und erklärte, daß jeder Versuch der UN, das Gebiet unrechtmäßig zu betreten, als ein Akt der Aggression angesehen werde. Schließlich besuchte der Ausschuß lediglich mehrere afrikanische Hauptstädte und sprach mit Exil-Namibiern.

1962 erfolgte dann der Besuch des ›Sonderausschusses bezüglich Südwestafrikas‹ in Namibia; sein Nutzen und seine Autorität wurden jedoch durch eine gemeinsam mit der südafrikanischen Regierung herausgegebene Stellungnahme der Delegation in Frage gestellt. Der ursprüngliche Zweck dieses Besuchs war es gewesen, die Freilassung aller politischen Gefangenen zu erreichen, den Rückzug des südafrikanischen Militärs herbeizuführen, die Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze sicherzustellen sowie die Aufsicht und Kontrolle des Gebiets durch die UN herzustellen. Die gemeinsame Erklärung warf begründete Zweifel an der Fähigkeit der UN auf, in bezug auf Namibia entschlossen zu handeln.

Das Scheitern der Versuche mehrerer UN-Ausschüsse zu Südwestafrika, das Problem wirksam anzugehen, veranlaßte – verbunden mit einer allgemeinen Vertrauenskrise hinsichtlich der UN zwischen 1958 und 1966 – die afrikanische Staatengemeinschaft und die SWAPO dazu, andere Möglichkeiten zu erkunden, durch die sie Namibia zur Unabhängigkeit verhelfen könnten. Auf der zweiten Konferenz der Unabhängigen Afrikanischen Staaten im Juni 1960 im äthiopischen Addis Abeba kündigten zwei frühere afrikanische Mitgliedstaaten des Völkerbunds – Äthiopien und Liberia – an, daß sie »rechtliche Schritte gegen Südafrika in Sachen Südwestafrika einleiten« würden. Die beiden Staaten reichten übereinstimmende Anträge beim Internationalen Gerichtshof ein und leiteten damit am 4. November 1960 einen Rechtsstreit gegen die Südafrikanische Union ein. Im Juli 1966 entschied das Gericht jedoch, daß die beiden Länder nicht befugt seien, in dieser Frage rechtlich gegen Südafrika vorzugehen, da sie keine unmittelbaren Interessen bezüglich Südwestafrikas besäßen.

Die daraufhin von der Generalversammlung in ihrer Resolution 2145(XXI) am 27. Oktober 1966 getroffene Entscheidung, das Mandat Südafrikas über Südwestafrika zu beenden, bestärkte die SWAPO darin, die Unabhängigkeit des Vaterlandes mit allen dazu erforderlichen Mitteln zu erringen. In der Entschließung heißt es, daß »Südafrika seinen Verpflichtungen bezüglich der Verwaltung des Mandatsgebietes nicht nachgekommen ist und das moralische und materielle Wohlbefinden und die Sicherheit der einheimischen Be-

völkerung Südwestafrikas nicht gewährleistet, sondern sich statt dessen in der Tat von dem Mandat losgesagt hat«. In der Resolution heißt es weiter, »daß daher das ... übertragene Mandat ... beendet ist, daß Südafrika kein weiteres Recht mehr hat, das Gebiet zu verwalten, und daß Südwestafrika von nun an der unmittelbaren Verantwortung der Vereinten Nationen untersteht«. Damit wurde die südafrikanische Präsenz in Namibia für unrechtmäßig erklärt. Die Generalversammlung richtete daraufhin einen 14köpfigen »Ad-hoc-Ausschuß für Südwestafrika« ein, der praktische Maßnahmen für die Verwaltung des Gebiets empfehlen sollte. Die Entschließung der Generalversammlung von 1966 markierte einen Wendepunkt im Freiheitskampf der SWAPO und führte zu einer neuen, engeren Beziehung zwischen dem Volk Namibias und den UN. 1971 bestätigte der Internationale Gerichtshof in einem neuerlichen Rechtsgutachten, daß die fortgesetzte Präsenz Südafrikas in dem Territorium illegal war.

Engagement der Vereinten Nationen

Im Jahr nach Verabschiedung der Resolution 2145(XXI), am 19. Mai 1967, errichtete die Generalversammlung den »Rat der Vereinten Nationen für Südwestafrika« – seit 1968 als »Namibia-Rat« bekannt – mit einem Mandat bis zur Erlangung der Unabhängigkeit. Der Rat begann mit der Verbreitung von Informationen über Namibia und hielt mit verschiedenen Regierungen Konsultationen ab, um die internationale Gemeinschaft für die Namibia-Frage zu sensibilisieren. Später bemühte er sich auch um Unterstützung zwecks wirkungsvoller Umsetzung der Resolution 435(1978) des Sicherheitsrats, mit der der Unabhängigkeitsplan der Vereinten Nationen für Namibia gebilligt worden war. In seinem ständigen Bestreben, internationalen Rückhalt für das Ziel der baldigen Unabhängigkeit des Landes zu gewinnen, organisierte der Rat weltweit Seminare, Tagungen und Konferenzen zum Thema Namibia. Der Rat war es denn auch, der Namibias Interessen in Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen vertrat; so tat er dies auf den Tagungen der Vorbereitungscommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof, der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), bei ILO, FAO, UNESCO, ITU und IAEA. Vertreten durch den Namibia-Rat, wurde Namibia als Vollmitglied dieser Institutionen anerkannt. Mittels des Rates wurde Namibia als assoziiertes Mitglied der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgenommen. Im Namen Namibias nahm der Rat auch an Tagungen der UNIDO und der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) teil.

Nachdem die Vereinten Nationen das Mandat Südafrikas beendet und selbst die Verantwortung für Namibia bis zu dessen Unabhängigkeit übernommen hatten, beschlossen sie 1970, einen »Fonds der Vereinten Nationen für Namibia« einzurichten. Ziel des Fonds war die Bereitstellung umfassender Unterstützung für Namibier. Durch diesen Fonds sollten sich schließlich besonders enge und einzigartige Beziehungen zwischen den UN und Namibia (insbesondere zu den Exil-Namibiern) entwickeln. Außerdem trug der Fonds dazu bei, daß die Beziehungen zwischen Namibia und den Sonderorganisationen konkret Gestalt annahmen. Die Aktivitäten des Fonds verteilten sich im wesentlichen auf drei Programme: ein »Allgemeines Konto« für Hilfsleistungen im sozialen und Bildungsbereich, das »Institut der Vereinten Nationen für Namibia« (UNIN) in Lusaka und das »Programm zum Aufbau der namibischen Nation«. Die beiden erstgenannten Programme haben für das Wohl von im Exil oder in Flüchtlingslagern jenseits der Grenzen lebenden Namibiern einen besonderen Beitrag geleistet. Das Namibia-Institut wurde zu dem Zweck errichtet, in den Bereichen der Forschung, Ausbildung und Planung den Freiheitskampf zu unterstützen und die Unabhängigkeit

vorbereiten zu helfen. Das UNIN hat vielen Namibiern eine Ausbildung vermittelt und hinsichtlich verschiedener Zweige der namibischen Volkswirtschaft praxisorientierte Forschung betrieben.

Insbesondere durch die Ausbildungsprogramme konnte das nach der Unabhängigkeit für die Errichtung demokratischer Institutionen in Namibia benötigte qualifizierte Personal zur Verfügung gestellt werden. Durch das Allgemeine Konto konnte vielen Flüchtlingen und Exil-Namibiern geholfen werden; humanitäre Hilfe wurde durch dieses Konto möglich. Das Programm zum Aufbau der namibischen Nation war ein umfassendes, entwicklungsorientiertes Programm, das den Namibiern mittels des Systems der Vereinten Nationen dabei half, sich auf Führungspositionen in einem unabhängigen Staat vorzubereiten. Viele Namibier kamen in diesem Rahmen in den Genuß von Einzelstipendien oder Ausbildungsprogrammen für ganze Gruppen in den Bereichen Wirtschaft, Ingenieurwesen und Sozialwissenschaften. Andere erhielten eine Ausbildung im Berufsausbildungszentrum der Vereinten Nationen für namibische Flüchtlinge in Sumbe, Angola.

Unsere Beziehungen zum System der Vereinten Nationen waren mit der Hilfeleistung während des Befreiungskampfes nicht beendet. Die Unterstützung wurde auch während und nach der Umsetzung der Resolution 435(1978), die im November 1989 in freien und fairen Wahlen ihren Höhepunkt fand, und der Erklärung der Unabhängigkeit am 21. März 1990 fortgesetzt. Namibia erfreut sich weiterhin ausgezeichneter Beziehungen zu den Vereinten Nationen; zahlreiche UN-Organisationen sind im Lande tätig.

Heute wird die Regelung der Namibia-Frage als eine der Erfolgsgeschichten der Vereinten Nationen angesehen. Diese war jedoch nicht ohne Schwierigkeiten verlaufen. Besonders während der Beratungen des Sicherheitsrats haben wir auf Grund der fehlenden Bereitschaft einiger seiner Mitglieder, die Namibia-Frage zu lösen, etliche Enttäuschungen erlebt. Einige der im Sicherheitsrat vertretenen Staaten räumten der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung Südafrikas eine höhere Priorität ein als dem übergeordneten Anliegen der Selbstbestimmung des namibischen Volkes. Ebenso waren die Vereinten Nationen nicht in der Lage, dem südafrikanischen Besatzungsregime wegen seiner flagranten Verstöße gegen UN-Resolutionen kompromißlos und entschlossen entgegenzutreten, und ließen es somit straffrei ausgehen. Angesichts der Unnachgiebigkeit Südafrikas schienen die Vereinten Nationen macht- und wirkungslos zu sein.

Heute aber verfolgt die ganze Welt und insbesondere Afrika mit lebhaftem Interesse, wie sich der Einsatz der neuen Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola (UNAVEM III) gestalten wird. Die derzeitige Friedensmission in Angola muß ein Erfolg werden, damit sich die Vereinten Nationen als glaubwürdiger Vermittler in Konfliktsituationen etablieren können.

Meine Erfahrung: Wandel tut not

Die Vereinten Nationen haben seit ihren Anfängen eine sehr gemischte Bilanz von Erfolgen und Fehlschlägen aufzuweisen. Erfolge neueren Datums stellen beispielsweise die Wahlbeobachtungen in Mosambik und Südafrika dar. Auf der anderen Seite haftet den Vereinten Nationen der Makel des diplomatischen Versagens an, was die menschlichen Tragödien betrifft, die in Rwanda, Burundi, im ehemaligen Jugoslawien und 1993 während der fehlgeschlagenen Mission in Somalia abgelaufen sind oder noch ablaufen.

Als Führer einer Befreiungsbewegung kann ich auf eine langjährige Verbindung zu den Vereinten Nationen zurückblicken. Ich habe 1966 das Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof aufmerksam verfolgt. 1971 sprach ich vor dem Sicherheitsrat, um das Anliegen Namibias vorzubringen und der Notwendigkeit eines Abzugs Südafrikas aus Namibia Ausdruck zu verleihen. In den siebziger und achtziger Jahren gab es ständigen Kontakt zwischen Namibiern und

den Vereinten Nationen – es war die Zeit, in der die Vereinten Nationen wichtige Resolutionen zu Namibia verabschiedeten. Der Kontakt wurde enger nach der Annahme der Resolution 435(1978) des Sicherheitsrats, mit der die Pläne für die Herbeiführung der Unabhängigkeit Namibias konkretisiert wurden. In all den Jahren, in denen ich mit den Vereinten Nationen zu tun hatte, hatte ich immer den Eindruck, daß die Organisation den inneren Willen besaß, all ihre Aufgaben in vollem Umfang zu erfüllen. Die Charta bringt die Ideale der Vereinten Nationen, den Frieden und die politische Stabilität in der Welt zu sichern und zu bewahren, deutlich zum Ausdruck. Noble Ideale finden sich in programmatischen Erklärungen und den Zielsetzungen der Sonderorganisationen und Spezialorgane, beispielsweise der WHO, des UNHCR und des UNICEF. Es gibt jedoch grundsätzliche, dem System innewohnende strukturelle und prozedurale Hindernisse, die viele Anstrengungen der UN zunichte machen – unabhängig davon, wie nobel die ursprünglichen Absichten auch gewesen sind. In der Zeit des Kalten Krieges schlugen auf Grund der ideologischen Konfrontation der Supermächte viele Bemühungen der Vereinten Nationen fehl. Ich hoffe, daß sich mit dem Ende des Kalten Krieges eine neue Ordnung entwickeln wird, in der ideologisch bestimmtes Rollenverhalten durch pragmatische, auf die Lösung anstehender Probleme orientierte Ansätze ersetzt wird. Um die Vereinten Nationen flexibler zu gestalten, muß allerdings die eine oder andere Strukturreform in Betracht gezogen werden.

In erster Linie ist es notwendig, die Organisation zu demokratisieren. Namibia ist mehr denn je davon überzeugt, daß Afrika mit seiner Bevölkerung von fast 600 Millionen im Sicherheitsrat als ein Ständiges Mitglied vertreten sein muß. Die aus der Nachkriegszeit stammenden Rechtfertigungen für die derzeitige Zusammensetzung dieses Hauptorgans sind hinfällig, und ein neuer Ansatz ist mehr als nötig. Auch die Frage des Veto-Rechts für die Ständigen Mitglieder des Rates verdient eine Überprüfung und neue Bewertung. Die Kernfrage hierbei ist, ob ein einzelnes Land das Privileg haben sollte, Resolutionen des Sicherheitsrats durch sein alleiniges Veto zu Fall zu bringen. Die Antwort darauf mag nicht leicht sein, aber es ist nicht zu leugnen, daß das Thema einer eingehenderen und kritischen Betrachtung bedarf.

Haben die Vereinten Nationen eine Zukunft?

Trotz vieler Rückschläge sind die Vereinten Nationen in ihrer Geschichte zu einem zentralen und unverzichtbaren Instrument für die Lösung internationaler Krisen geworden. Der Organisation ist es in vielen Krisenherden dieser Erde gelungen, die verfeindeten Parteien auseinanderzuhalten. Ihre Leistungen sollten deshalb nicht heruntergeredet werden. Die Vereinten Nationen haben jedoch noch viel zu tun, um die Neinsager, die Kritiker, die alle Hoffnung in sie aufgegeben haben, von ihrem Nutzen zu überzeugen. Um sich selbst zu erneuern, müssen die Vereinten Nationen erkennen, daß sie bei allen ihren Anstrengungen die Menschen und Staaten von Anfang an in die Bemühungen um Friedensschaffung einschließen müssen. Bereits bei den Vorarbeiten müssen die Betroffenen einbezogen werden, um sicherzustellen, daß sie bereit sind, die Hilfe und die Präsenz der Vereinten Nationen tatsächlich anzunehmen. In kriegerischen Konflikten müssen alle Kampfparteien echte Bereitschaft zur Lösung ihrer Probleme unter Beweis stellen, bevor Personal der Vereinten Nationen entsandt wird. Dadurch würde vermieden, daß das Leben von UN-Personal aufs Spiel gesetzt wird. Es kann von den UN nicht erwartet werden, Frieden dort zu erhalten, wo es keinen Frieden zu erhalten gibt. Es gilt auch das alte Sprichwort »vorbeugen ist besser als heilen« zu beherzigen – Situationen, in denen Konfliktstoff vorhanden ist, müssen angegangen und die potentiell explosiven Lagen entschärft werden, bevor sie sich in bewaffneten Auseinandersetzungen entladen, die das Leben und die Lebensgrundlage der betroffenen Menschen gefährden. Ereignisse wie sie sich derzeit im ehemaligen Jugoslawien abspielen, wo das Personal der Vereinten Nationen zum Ziel von Angriffen der Kriegsparteien geworden ist, müssen unter allen Umständen vermieden werden und dürfen sich auf keinen Fall wiederholen. Dies kann durch vorbeugende Diplomatie und die Einbeziehung der Menschen vor Ort erreicht werden.

Ich bin überzeugt davon, daß die Vereinten Nationen mit einem verbesserten Management, einer besseren Strategiebildung und mit Weitsicht der gesamten Menschheit auch in den kommenden Jahren weiter dienen werden.



Auf hoher See wurde von US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill – hier (sitzend, vorne links) an Bord des Schlachtschiffes »Prince of Wales« – die »Atlantik-Charta« verfaßt; am 14. August 1941 wurde sie in London und Washington bekanntgegeben. In ihr brachten die beiden Staatsmänner unter anderem die Hoffnung zum Ausdruck, daß nach »der endgültigen Vernichtung der nationalsozialistischen Tyrannei . . . ein Friede geschlossen werde, in dessen Rahmen allen Nationen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben, und der die Gewähr dafür bieten wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not führen können«.